

MEMORANDUM

39. Sylter Runde

www.sylter-runde.de

zum Thema

Civil Education:

Wie reift unser bürgerschaftlicher Nachwuchs heran?

am 14. Und 15. April 2011

im Hotel Vier Jahreszeiten, Sylt/Westerland

Civil Education als Vorbedingung für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft

Immer deutlicher wird die Bedeutung bürgerschaftlicher Aktivitäten für die positive Entwicklung, die Qualität und die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft und auch für die Funktionsweisen unseres staatlichen Systems in der föderativen Demokratie. Der Staat kann nur Rahmenbedingungen schaffen und Ressourcen zur Verfügung stellen. Und unsere föderativen Organe sind in der Lage, politische Schwerpunkte auf kommunaler, landesspezifischer und bundesweiter Ebenen zu setzen und Grundsatzentscheidungen zu treffen. Wir Menschen müssen aber die Gesellschaft als ihre Bürger mit Leben erfüllen. In der demokratischen und marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft ergänzen die Märkte, vor allem aber die „Civil Society“ - eben die Zivilgesellschaft mit den Aktivitäten ihrer Bürgerinnen und Bürger - diese staatlichen Komponenten zu einer effektiven und möglichst effizienten Gesamtgesellschaft. Ohne bürgerschaftliches Engagement in den verschiedensten Facetten sind eine rechtsstaatliche und demokratische Gesellschaft und ihre Entwicklung nicht vorstellbar. Dieses ist aber nicht naturgegeben; es muss vielmehr immer wieder aufs Neue angestrebt und aktiviert werden. Mündige Bürger einer demokratischen Gesellschaft sind in sich ein hohes Kulturgut. Wie aber entstehen die Fähigkeiten und der Wille, mündige Bürgerin oder mündiger Bürger zu sein? Gerade vor dem Hintergrund der deutschen, sehr stark ideologisch-indoktrinierten Geschichte der Nachwuchserziehung im zwanzigsten Jahrhundert sowie der Immigrations-Bewegungen in der jüngeren Zeit werden die Heranbildung des bürgerschaftlichen Nachwuchses und die Weiterbildung aller Bürger zu einer zentralen nationalen und insbesondere auch regionalen Aufgabe.

Der Staat, die Marktwirtschaft und die Zivilgesellschaft verlangen in diesem Dreiklang individuelles Engagement und die Kenntnis sowie das Beachten der entsprechenden Spielregeln. Lebendige Demokratie lebt letztlich von ihren engagierten Bürgern. Staatsbürger wird jeder in dieser Gesellschaft kraft Geburt (mit allen Rechten und Pflichten), Marktpartner wird man durch die Teilnahme an der Nachfrage nach Gütern und deren Angebot mit Hilfe von Verträgen, aktiver und fähiger Teilnehmer an der Zivilgesellschaft kann man nur durch Erziehung und Bildung, Gelegenheit und Übung werden.

Das bürgerschaftliche Engagement, das bewusst Freiräume in der Gesellschaft nutzt, muss vom Einzelnen in seinen Chancen erkannt werden, um es ausüben zu können und zu wollen. So wie das marktwirtschaftliche Geschehen Freiheit und Fairness zum Gelingen benötigt, erfordert die Zivilgesellschaft die persönliche Souveränität des einzelnen Bürgers. Diese Souveränität muss so weit gehen, dass sie in besonderen Fällen die Möglichkeiten des zivilen Ungehorsams einschließt und die Fähigkeit zur Einschätzung moralisch angemessenen Verhaltens (Epikie) entwickelt.

Die Weiterentwicklung der demokratischen Gesellschaft beruht auf Evolution. Genau dies ist ihre Stärke gegenüber anderen Gesellschaftsformen. Evolution geschieht aber durch Entwicklung „von unten“, von der Basis, von den Bürgern und Bürgerinnen, im guten Fall unterstützt von den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten.

In dem komplexen und verflochtenen emergenten Umfeld, das die gegenwärtige Zeit kennzeichnet und das durch internationale und globale Randbedingungen sowie deren **Interdependenzen** noch zusätzlich kompliziert **wird**, muss sich das bürgerschaftliche Engagement und muss sich jeder Einzelne in besonderer Weise bewähren. Der einzelne Bürger muss selbst zum Initiator und Akteur von Veränderungsprozessen werden. Nicht der Staat oder irgendwelche Institutionen sind verantwortlich für sein Leben, er oder sie selbst sind - gewissermaßen als Lebensunternehmer bzw. Lebensunternehmerin - zum Einsatz der eigenen Kreativität und moralischen Verantwortung aufgefordert. „Civil Education“ wird damit zur Bedingung für die reale Möglichkeit der Fortentwicklung unserer Demokratie.

Die Ausgangslage

Dem Bildungs- und Erziehungssystem kommt bei der Heranbildung des bürgerschaftlichen Nachwuchses naturgemäß eine entscheidende Rolle zu. Wie steht es aber um dessen Kompetenz, „Civil Education“ erfolgreich zu betreiben? Wie ist es um die erzieherische Rolle der Eltern in diesem Zusammenhang bestellt?

Wir erkennen die in den letzten Jahren gesteigerten Bemühungen der verschiedenen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen ausdrücklich an, der Werteerziehung und der bürgerschaftlichen Bildung einen höheren Stellenwert beizumessen. Wir begrüßen das zunehmende ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Kindern und Jugendlichen auf ihrem Weg zu helfen.

Dennoch stellen wir fest, dass zu viele gute Entwicklungen in den Ansätzen stecken geblieben sind oder durch Bürokratie und Strukturschwächen nicht zur Entfaltung kommen. Es gilt ja: Zur Freiheit und Verantwortung können nur Menschen und Institutionen erziehen, die selbst in der Lage sind, Freiheit und Verantwortung zu tragen.

Viele Mängel sind offensichtlich:

- Eltern, die Schwierigkeiten mit dem Wahrnehmen der eigenen Freiheit in Verantwortung haben, werden bei der frühkindlichen Bildung in der eigenen Familie zu oft allein gelassen. Insbesondere für Eltern aus prekären Verhältnissen ist das Unterstützungssystem noch nicht hinreichend.

- Schulen sind zum großen Teil immer noch überreglementiert und zu wenig autonom. Politische Bekenntnisse zur Eigenverantwortung der Schulen nützen nichts, wenn tatsächlich Schulbehörden die Budgets und das Personal sowie politische Vorgaben die Organisationsformen im Detail zuweisen und vorschreiben.
- Die alten, auf abfragbarem Fachwissen beruhenden Unterrichts- und Prüfungsrituale sind in der Sekundarschule immer noch vorherrschend.
- Das Ziel, junge Menschen zu ausgewogenen Persönlichkeiten zu erziehen, ihre Kreativität zu entwickeln und ihnen Mut und Kompetenz zu geben, Unternehmer ihres eigenen Lebens zu werden, steht nach wie vor nicht hinreichend im Zentrum der Bildungseinrichtungen – von der Schule bis zur Hochschule.
- Lehrkräfte werden immer noch ohne Feststellung ihrer grundsätzlichen Kompetenz zum Umgang mit Kindern und Jugendlichen zum eigenen Hochschul-Studium und als Lehramtskandidaten zugelassen.
- Lehrer und Lehrerinnen werden nicht daraufhin geschult, Civil Education als entscheidende Aufgabe zu verstehen.
- Bildungsstätten werden häufig nicht als Orte begriffen und ausgestattet, in denen die Gesellschaft ihre künftig entscheidenden Mitglieder achtet und ihnen das Gefühl gibt, in ihrer Mitte willkommen zu sein.
- Der Zustand etlicher Schulen und ihrer Ausstattung, insbesondere in sozialen Brennpunkten, ist nicht selten beschämend.
- Die Verschulung an den Hochschulen gibt den Studierenden zu wenige Möglichkeiten, über den Tellerrand hinauszuschauen und sich kreativ zu entfalten.
- Die Teilhabemöglichkeit von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen wird durch Intransparenz und Kompliziertheit des Zugangs zu wesentlichen Unterlagen erschwert.

Forderungen und Empfehlungen

1. Die Wege der Entwicklung zum „homo politicus“ müssen verbessert und erleichtert werden. Erprobungsmöglichkeiten sind auszuweiten und Spielräume zu nutzen. Die Transparenz politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen muss erheblich verbessert werden.
Hierzu bietet das Internet hervorragende Möglichkeiten. Neue Portale wie z.B. PolitAktiv, in dem kommunale Bauprojekte zur breiten Diskussion und Meinungsbildung möglichst vieler Bürger vorgestellt werden, ermöglichen die Beteiligung der Bürger früher und in einem viel breiteren Maße als bisher. So können sachliche, umfassender angelegte und transparente Diskussionsprozesse unterstützt und die Zivilgesellschaft in ihrer Interdependenz mit der Politik gestärkt werden.
2. Kinder und Jugendliche müssen so früh wie möglich und altersgemäß in Entscheidungsprozesse bei Angelegenheiten, die sie unmittelbar betreffen, einbezogen werden. Dies kann durch verbesserte Beteiligungsrechte der Jugendlichen in Schulen, wie z.B. in den Schulvorständen in Niedersachsen, durch sogenannte Jugendparlamente in Kommunen, durch jugendgerechte Internetplattformen usw. geschehen.

3. Das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger im Erziehungsbereich, wie z.B. der Einsatz von Leih- und Paten-Großeltern in Schule und Familie, durch die das Verhältnis der Generationen verbessert und bereichert wird, oder auch wie durch aktive Mitwirkungen in der Grundschule und ähnliches Engagement muss ermutigt und gestärkt werden. Hierfür sind auch kleine Schritte in begleitenden Maßnahmen, wie etwa die Einbeziehung der freiwilligen Dienste in eine gesetzliche Unfallversicherung, geeignet.
4. Eltern, die aus verschiedenen Gründen Schwierigkeiten mit der Erziehung ihrer Kinder haben, aber auch Lehrkräfte in Konfliktsituationen müssen verstärkt Unterstützung finden. Eine ausgezeichnete Möglichkeit bietet der verstärkte Einsatz von Familientherapeutinnen und -therapeuten und geschulten Konfliktmediatorinnen und -modiatoren. Sie bieten die Chance, mit Verfahren der Mediation in Familien, Schulen und Kindergärten entstehende Konflikte frühzeitig zu schlichten, einen gewaltfreien Umgang zu üben und so einen erheblichen Beitrag zur Kompetenzbildung für ein faires und ziviles Zusammenleben zu leisten.
5. Der Zugang zu den Kindergärten muss ab dem dritten Lebensjahr ohne finanzielle Hürden für alle Kinder möglich sein. Die Grundlagen für eine reife Persönlichkeitsbildung, für bewusste Fairness, sowie für die Fähigkeit zur angemessenen Vertretung eigener Interessen in der Gruppe, aber auch schon interkulturelle Kompetenzen und Kommunikationsfähigkeiten werden bereits im frühen Kindesalter gelegt. Gerade auch die gegenwärtig noch erheblichen Benachteiligungen von Kindern mit Migrationshintergrund im Bildungssystem unserer Gesellschaft können auf diese Weise frühzeitig ausgeglichen werden. So kann vermieden werden, dass sich die Integrationsprobleme später potenzieren, und leichter erreicht werden, dass die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe steigen.
6. Alle Bildungseinrichtungen müssen endlich die notwendigen Freiheiten bekommen, ihre Aufgaben in eigener Verantwortung erfüllen zu können. Dies bedeutet konkret ein eigenes, ausreichend bemessenes Budget, um bauliche Maßnahmen, Ausstattungen und Personaleinstellungen nach den jeweiligen Anforderungen vor Ort durchführen zu können. Der Staat mag die für bestimmte Abschlüsse nötigen Kompetenzen beschreiben. Der Weg dorthin muss aber individuell und nach den jeweiligen Gegebenheiten gefunden und begangen werden können.
7. Der Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen gleicher Stufe muss ermöglicht und gefördert werden. Marktmechanismen führen notwendig zu Qualitätssteigerungen. Auch aus diesem Grund müssen staatliche und private Träger in der staatlichen Finanzförderung gleichgestellt werden. Wir halten aber fest: Die Finanzierung des Bildungswesens ist grundsätzlich zentrale staatliche Aufgabe. Was privates Engagement und Public-Private-Kooperationen natürlich nicht ausschließt.
8. Individuelle Förderung und Wertschätzung der Begabungen jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen sollten wesentliche Grundprinzipien der pädagogischen Arbeit sein. Gerade auch Talente, die im Fachunterricht unentdeckt bleiben, sollten gefördert, gewürdigt und beurteilt werden. Dabei können insbesondere auch Interak-

tionen mit Mitgliedern der eignen Kommunen hilfreich sein.

Ganztagsschulen mit vielfältigem, auch von Vereinen und freien Trägern vorgehaltenem Angebot fördern die Entwicklung der vielfältigen Talente der Schülerinnen und Schüler und können so einen wichtigen Beitrag zu ihrer Persönlichkeitsbildung leisten und ggf. vorhandene Benachteiligungen kompensieren.

9. Die Implementierung von Entrepreneurship Erziehung in das deutsche Bildungswesen ist notwendig, um mehr jungen Menschen die Chance zu gesellschaftlich aktiver Teilhabe zu geben. So kann gesellschaftliche Benachteiligung überwunden werden. Durch dieses Vorgehen verbessern sich Ausbildungsfähigkeit und Teamfähigkeit der Jugendlichen und damit steigen ihre Chancen, einen guten Arbeitsplatz zu finden oder sich einen selbst zu schaffen. Durch Entrepreneurship Education (wie z.B. durch NFTE Kurse und die Gründung von Schülerunternehmen) entdecken Jugendliche ihre Kreativität und Vitalität. Ihre Stärken werden systematisch gefördert, sie entwickeln Selbstvertrauen, Eigeninitiativen und Unternehmergeist. Die Schülerinnen und Schüler lernen, wie die Wirtschaft funktioniert, und beginnen, ihr Leben selbst aktiv in die Hand zu nehmen. Das gilt im gleichen Maße für unternehmerische Initiativen in sozialen Bereichen.
10. Ziel all dieser empfohlenen Maßnahmen sollte es sein, unsere gelebte Demokratie in einer flexiblen und dennoch stabilen Gesellschaft mündiger Bürger in eine auch weiterhin gesicherte Zukunft zu führen.

Sylt, im Mai 2011

Günter Faltin
Petra Hamann
Connie Hasenclever
Wolf-Dieter Hasenclever
Klaus Höring
Gabi Lechner
Vera Lengsfeld
Jonathan Rüth
Bärbel Tenge
Linde Trottenberg
Ilya Szyperski
Norbert Szyperski

Dieses Memorandum wird auch unterstützt von:

(Stand 11.07.2011)

Frauke Lange
Barbara Breuer
Johannes Heimrath
Margot Eul
Paul Vogel
Carola Koch
Lambert T. Koch
Hans-Georg Ziebertz
Carsten Kreklau
Wolfgang Bibel
Uwe Brettscheider
Sylvia Canel
Ulrike Dolezahl
Georg Liebke
Sven T. Olsen
Eike Jessen
Christian Schmitt
Cornelia Pieper